

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. H. und Umgebung.

Bezugspreis: Monatsabonnement M. 1.75 einschließlich
Trägerlohn. Erscheint täglich werktags. — Verantwortliche
Redaktion, Druck u. Verlag Kurt Böde, Bad Homburg v. d. H.

Samstag - Homburger Lokalblatt

Anzeigenpreise: Die sechs Spalten 48 mm breite Anzeigen-
zeile kostet 18 Pfennig, auswärts 20 Pfennig, im Kleinverkauf
92 mm breit 50 Pfennig. — Die Einzelnummer 10 Pfennig.

Telefon: 707. — Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstraße 26. — Postfachkonto Frankfurt a. M. Nr. 26293.

Nummer 76

Donnerstag, den 24. März 1927

2. Jahrgang

Sind Sie schon unser Abonnent?

Wenn noch nicht, dann zögern Sie nicht, das Verjämte nachzuholen und bestellen Sie sofort die billigen „Neuesten Nachrichten“, das unparteiische Organ für Jedermann!

Die Neuesten Nachrichten

bringen alle öffentlichen Bekanntmachungen der Stadt Bad Homburg und sämtlicher Behörden des Obertaunuskreises.

Die Neuesten Nachrichten

bringen alle den Leserkreis interessierenden Tagesneuigkeiten, Lokal- und Sportberichte.

Die Neuesten Nachrichten

sind in allen Kreisen verbreitet, nicht nur in Bad Homburg, sondern auch im gesamten Obertaunuskreis.

Die Neuesten Nachrichten

ermöglichen der Geschäftswelt eine billige und doch erfolgreiche Reklame!

Die Neuesten Nachrichten

kosten pro Monat frei Haus

nur 1.75 Mk.

dazu gehört noch eine zweimal wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage und außerdem eine Samstags erscheinende 12-seitige „Illustrierte“. Daher ist Jedem mit dieser Zeitung ein billiges und doch inhaltreiches Tageblatt gegeben, das jeder abonnieren sollte.

Der Verlag der „Neuesten Nachrichten“

Telefon 707

Bad Homburg v. d. H.

Luisenstraße 26

Neues vom Tage.

— Nach den Beschlüssen des Steuerausschusses des Reichstags wird die Gemeindegütersteuer vom 1. April d. J. ab aufgehoben. Es bleibt die Biersteuer, die nicht mehr als 7 Prozent vom Herstellungspreis betragen darf.

— Im Handelspolitischen Ausschuss des Reichstags wurde der demokratische Antrag auf Suspension der Futtermittelzölle und der sozialdemokratische Antrag auf Suspension des Roggenzölles abgelehnt.

— Von zuständiger serbischer Seite wird erklärt, man betrachte die durch die italienische Zirkularnote geschaffene Lage mit Optimismus. Man glaube, daß weder eine Völkerbundintervention, noch die in der Erklärung des Ministers des Aeußeren vorgeschlagene internationale Untersuchung zur Beilegung des Konfliktes notwendig sein werde.

— Der albanische Gesandte in Rom übermittelte im Auftrag seiner Regierung Ministerpräsident Mussolini den Dank für die politische Unterstützung, die die italienische Regierung Albanien zuteil werden ließ.

Deutschland und die Abrüstungsfrage.

In der letzten Sitzung des Abrüstungsausschusses des Völkerbundes gab der deutsche Delegierte, Graf Bernstorff, eine grundsätzliche Darlegung des deutschen Standpunktes zum Abrüstungsproblem ab. Er betonte mit allem Nachdruck, daß nach den vielen mühsamen Verhandlungen der Sachverständigen jetzt Tatsachen folgen müßten.

„Wir müssen“, so fuhr Graf Bernstorff fort, „uns klar darüber sein, daß die Völkerbundstaaten wieder einmal auf Genuß gerichtet sind. Die Verantwortung für eine Enttäuung dieser Staaten wird wohl niemand übernehmen wollen. Gerade die auf Grund internationaler Verträge abgerüsteten Staaten, also in erster Linie Deutschland, haben ein Recht darauf, daß nunmehr die allgemeine Abrüstung erfolgt, nachdem zumal die deutsche Abrüstung restlos durchgeführt ist. Diese Abrüstung sollte ja nach dem Versailler Vertrag schon die Einleitung einer allgemeinen Abrüstung sein, wie das auch in aller Form von mehreren Delegierten dieser Kommission ausgesprochen worden ist. Mit Befriedigung begrüßen wir den praktischen Vorschlag von Lord Robert Cecil, auf dessen durchdachten Entwurf noch näher eingegangen sein wird. Eine Teil-Lösung wäre unbefriedigend; das Problem ist vielmehr in seiner Gesamtheit zu erfassen. Von den zwei Seiten des Problems, der Herabsetzung und der Beschränkung der Rüstungen, ist die letztere wenig aktuell, da gegenwärtig ein Wettstreiten nicht erfolgt.“

Was aber auf uns lastet, ist das Problem gewisser übermäßiger Rüstungen und die Gefahren des unausgeglichenen Rüstungsniveaus. Diese Unausgeglichenheit macht die Wirkungslosigkeit des Völkerbundes problematisch. Unsere wichtigste Aufgabe ist also die Herabsetzung der Rüstungen, nach den Worten des Vertreters Italiens die Revision des gegenwärtigen Rüstungszustandes. Wir müssen effektive Ergebnisse erzielen, Scheinlösungen, die nur neue Gefahren bringen, müssen vermieden werden. Unbefriedigenden Lösungen kann die deutsche Regierung ihre Zustimmung nicht geben. Endziel muß die Ausgleichen der Rüstungen sein, die allein dem Völkerbund volle Aktionsmöglichkeit gewährleistet.

Dieser Weg, der zum Ziel führt, ist willkommen, aber nicht die Sackgasse einer Scheinlösung. Die Vorbereitende Kommission hat, wie der Vertreter Frankreichs ausführte, den Erfolg der kommenden Abrüstungskonferenz sicherzustellen. Die Lösung des Abrüstungsproblems ist der Grundstein für den Völkerbund. In den Artikeln des Völkerbundes ist die Abrüstung allen anderen Aufgaben des Bundes vorangestellt. An diesem Problem haben seit vielen Jahren Versammlungen, Rat und zahlreiche Kommissionen des Bundes sowie internationale Konferenzen gearbeitet. Besonders beschäftigt sich auch das Vertragswerk von Locarno mit diesen Problemen, und in dem Schlussprotokoll zu den Locarno-Verträgen haben sich die Signatarmächte verpflichtet, dem Völkerbund zum Zweck der Abrüstung ihre Mitwirkung zu gewähren, um in gemeinsamer Verständigung diese Bestrebungen in die Tat umzusetzen.

Zum Ausgleich des Reichsetats.

Beseitigung des Defizits.

Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Regierungsparteien über die Beseitigung des Defizits im Reichshaushalt sind zum Abschluß gekommen. Die Einigung ist auf folgender Grundlage zustande gekommen:

Das Einkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuern wird um 260 Millionen erhöht; ferner sind aus dem Haushaltsjahr 1926 Ueberschüsse in Höhe von 200 Millionen verfügbar. Schließlich soll der Betriebsmittelfonds mit 190 Millionen herangezogen werden. Die Restsumme des Defizits soll durch Einsparungen auf der Ausgabe-Seite verschwinden. Es soll sich dabei hauptsächlich um den Fortfall eines Betrages von 50 Millionen, der für die produktive Erwerbslosenfürsorge in den Etat eingelegt war, handeln.

Eine Reihe verhältnismäßig kleinerer Ersparnisse soll durch die Beseitigung mehrerer Dispositionsfonds der einzelnen Ministerien erzielt werden. Auf diese Weise ist der ordentliche Etat des Reichshaushalts für 1927 für den Ausgabenstand im Gleichgewicht gebracht worden. Sollten Ausgaben für die Liquidationsgeschädigten notwendig werden, würde aus dem Etat eine neue Lücke entstehen. Im außerordentlichen Haushalts werden 500 Millionen Mark beantragt. Die ursprüngliche Absicht, diesen Betrag auf Anleihe zu nehmen, ist fallen gelassen worden. Auch bei diesem Etat hatte man Abkürzungen in Höhe von rund 50 Millionen Mark vorgenommen, wobei 30 Millionen auf Kanalbauten entfielen, die zwar nicht vollständig ruhen, aber wesentlich gestreckt werden sollen.

Das Echo der Presse.

Zur außenpolitischen Reichstags-Aussprache.

Die „Deutsche Tageszeitung“ faßt das Ergebnis der außenpolitischen Aussprache im Reichstag in die Worte zusammen: Außenminister und Parteien waren sich einig darüber, daß Deutschland ein großes Interesse an der Erhaltung des Friedens habe, wie daß ein Hervortreten aus der für uns notwendigen Reserve denn auch untunlich und gefährlich sei.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ nennt die Ausführungen Dr. Stresemanns ein unverweiges Friedensbekenntnis und eine Abgabe an alle etwaigen Versuche, uns in das eine oder andere Lager hinüberzuziehen.

In der „Tägl. Rundschau“ heißt es: Die außenpolitische Aussprache im Reichstag kann jetzt mit der wichtigen Antwort — nämlich nach außen — vor sich gehen. Sie ist nicht ohne ein großes internationales Ereignis, sondern sie ist eine parlamentarische Aktion, die sich nach außenpolitischen Gesichtspunkten richtet.

Die „Germania“ sagt: Ganz allmählich rücken wir doch in eine den anderen Mächten gleichberechtigte Stellung auf. Ebenso wie der „Kölnische Anzeiger“ verlangt auch das „Berl. Tageblatt“ eine weitere Klärung über den Krieg.

Die „Voss. Zeitung“ betont, die Anerkennung der außenpolitischen Grundzüge habe sich kräftig durchgesetzt.

Der „Vorwärts“ unterstreicht den Satz Stresemanns: Es ist für uns eine glückliche Tatsache, daß das wohlverstandene gesamteuropäische Interesse mit dem individuellen Interesse Deutschlands sich völlig deckt.

Das neue Arbeitszeitgesetz.

Kompromiß zwischen den Regierungsparteien.

Nach einer Meldung aus Berlin bewegt sich das im Interfraktionellen Ausschuss der Regierungsparteien zustande gekommene Kompromiß in der Frage der vorgeschlagenen Regelung der Arbeitszeit auf dem Boden des Vorschlags, den der Abg. Thiel gemacht hat.

Danach wird in den § 10 eine Bestimmung aufgenommen, die die Leistung von Mehrarbeit zuläßt, wenn die Unterbrechung der Arbeit schwerwiegende Nachteile im Gefolge haben würde. Weiter ist im § 12 die Frage der Saisonarbeit geregelt worden, und zwar in dem Sinne, daß in den wichtigsten Arbeitszweigen, in denen die achtstündige Arbeitszeit während eines Teils des Jahres nicht erreicht wird, in anderen Jahreszeiten, in denen besondere Anforderungen gestellt werden, die Arbeitszeit überschritten werden kann.

Die einzelnen Bestimmungen sollen dem Reichsarbeitsminister überlassen werden. Auf der anderen Seite wird die Bestimmung in das Gesetz aufgenommen werden, daß für jede Mehrarbeit ein Lohnzuschlag bewilligt werden muß. Man wird es den vertragschließenden Parteien überlassen, in welcher Höhe der Zuschlag festgelegt wird. Wird keine tarifliche oder sonstige Vertragsabmachung erzielt, so soll ein angemessener Zuschlag in Kraft treten. Als solcher gilt ein Zuschlag von 25 v. H. des Arbeitslohnes. Das Kompromiß wird voraussichtlich nicht von den Parteien in Form eines Antrages im Reichstag eingebracht werden, vielmehr wird beabsichtigt, daß die Regierung die Bestimmungen des Kompromisses übernimmt und danach den Regierungsentwurf abändert. Der Reichstag wird dann den Entwurf voraussichtlich in der abgeänderten Form verabschieden, so daß das Gesetz in der neuen Form an den Reichstag gehen wird.

Die Spannung auf dem Balkan.

Aussichten auf Beilegung.

Wie aus London berichtet wird, hat der britische Außenminister Chamberlain den italienischen Vizekanzler empfangen.

Offenbar besteht in britischen diplomatischen Kreisen die Meinung, den italienisch-jugoslawischen Streit nicht mehr als außerordentlich dringend aufzufassen. So hat der britische Vizekanzler in Rom keine Weisungen erhalten, irgendwelche Vorstellungen bei Mussolini zu erheben in der Weise, wie sie vom Quai d'Orsay angeregt wurden. Die einzige Frage, die die europäischen Mächte zurzeit eifrig erörtern die aber noch nicht endgültig geregelt ist, ist die der Entsendung einer militärischen Untersuchungskommission an die jugoslawisch-albanische Grenze.

Einer Meldung aus Belgrad zufolge gab der serbische Minister des Auswärtigen Petrich den Pressevertretern folgende Erklärung ab: In dem Augenblick, als schwere, vor der Öffentlichkeit erhobene Anklagen behaupteten, daß unser Staat sich zu einem bewaffneten Zusammenstoß mit Albanien vorbereite, habe ich im Parlament erklärt, daß wir bereit sind, eine Untersuchung durch die ganze Welt anzunehmen. Ich kann Ihnen sagen, daß meine Erklärung wohl erwogen war. Aus diesem Grunde wiederhole ich Ihnen, daß wir stets bereit sind, einzutreten, daß der Völkerbund als das zuständige Organ eine Untersuchung an unserer Grenze und in Albanien anordnet und die Angelegenheit in seine Hand nimmt, wenn er der Ansicht ist, daß der Friede gefährdet und eine Untersuchung notwendig ist.

Blutige Meuteleien in Shanghai.

Wüste Ausschreitungen der chinesischen Soldateska.

Nach weiteren Berichten aus Shanghai belästigten Schergen der nationalistischen Armee die nordöstliche Grenze der internationalen Niederlassung durch dauernd unterhaltenen Einzelfeuer. Die japanischen Seesoldaten, die den östlichen Teil dieser Gegend besetzt halten, erwidern das Feuer von den hohen Dächern aus Schuß um Schuß. Auf die englische Truppenabteilung, die in der Nähe des Nordbahnhofs den Verkehr besetzt hält, wurde von Schantung-Truppen gefeuert, die bald zum Schweigen gebracht wurden.

Bezeichnend für das Chaos, das außerhalb des Niederlassungsgebiets herrscht, ist der Umstand, daß die Nordtruppen immer noch einen Panzerzug laufen lassen, der auf alles feuert, was ihm in den Weg kommt. Wie man annimmt, sind die weisgardistischen Russen, die die Besatzung des Panzerzuges bilden, in Unkenntnis von der tatsächlichen Lage, oder sie haben Angst, den Schuß des Panzerzuges aufzugeben. Ferner sind von den Schantung-Truppen zwei Russen angefaßt, die englischen Wache am Verkehr geköpft und unter dem Jubel der Chinesen auf die Bajonette gesteckt worden. Der Streit breitet sich weiter aus.

Die bolschewistischen Einschüchterungsversuche werden kühner. Die chinesischen Vorarbeiter haben die Arbeiter mit dem Tode bedroht, wenn sie nicht sofort den bolschewistischen Anordnungen Folge leisteten. Die Szenen in dem chinesischen Stadtviertel sind schlimmer als in der Hölle. Man hört nur Schüsse, Schreie von Frauen und Kindern, die hysterisch hin- und herlaufen. Viele Frauen sind unbeskleidet, da sie von den Soldaten auf der Jagd nach der Beute ihrer Kleider beraubt wurden. Schwer mit Beute beladene Soldaten schoben sich

mit Maschinengewehren, die von anderen Soldaten... werden und die nicht zögern, sich den Weg durch die von Menschen gefüllten Straßen zu bahnen, indem sie feuern und zahlreiche Leute töten. Der Abendhimmel wird erhellt durch die sich ausbreitenden Feuersbrünste. Die Straßen sind mit Getreide besät.

Politische Tageschau.

→ **Aufwertungsfragen im Rechtsausschuß.** Der Rechtsausschuß des Reichstages führte die allgemeine Aussprache über die Aufwertungsanträge und die Regierungsvorlage zu Ende. Er beschloß, in der Spezialberatung zunächst die Frage der Zulässigkeit eines Volksentscheids zur Entscheidung zu bringen, dann den Regierungsgesetzentwurf zu beraten und alsdann die Frage einer Aufwertung der Wertpapiere zu prüfen. Zuletzt soll dann in Verbindung mit dem Reichsfinanzministerium die Frage geprüft werden, inwieweit eine Verringerung der Kreditsanleihenbesitzer gegenüber dem jetzigen Anleiheablosungsgehalt möglich ist.

→ **Ausschließung der preussischen Krongutverwaltung.** Die dem preussischen Finanzminister durch Verordnung vom 30. November 1918 übertragene Verwaltung des beschlagnahmten Vermögens des vormals regierenden Königshauses findet mit dem 31. März d. J. ihr Ende. Die Verwaltung der dem Staat verbleibenden Vermögensgegenstände ist mit Wirkung vom 1. April 1927 an jeweils den zuständigen Fachministern übertragen worden. Im Zusammenhang hiermit wird die preussische Krongutverwaltung aufgelöst. Die Verwaltung der Angelegenheiten der dem Staat verbleibenden Schlösser und Gärten übernimmt vom 1. April 1927 an die dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unterstellte „Verwaltung der staatlichen Schlösser und Gärten“.

→ **Deutsch-französischer Studentenaustausch.** Der französische Unterrichtsminister Perriot hat an die Direktoren der französischen Universitäten ein Rundschreiben gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß das französische Kinderhilfskomitee während der Ferien einen Schüler- und Studentenaustausch zwischen Deutschland und Frankreich organisiert. Bereits Anfang 1926 hat dieses Komitee einen deutsch-französischen Schüleraustausch-Ausschuß eingesetzt, der besonders damit beauftragt war, diesen Schüleraustausch gemeinsam mit der deutschen „Vereinigung „Deutsch-französischer Schüleraustausch“ zu veranlassen. Der Unterrichtsminister weist darauf hin, daß die ersten Ergebnisse durchaus befriedigend gewesen seien. Er bittet nun, den Schüleraustausch soweit als möglich auszubauen, dessen Wichtigkeit nicht verkannt werden dürfte.

Die deutsche Außenpolitik.

Die große Aussprache im Reichstag.

Berlin, 23. März.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats des Auswärtigen Amtes.

Abg. Dr. Haas (Dem.) klagt die Regierung an, daß sie in Genf sowohl in der Saarfrage wie in der oberschlesischen Schulfrage auf einwandfreie deutsche Ansprüche verzichtet hat und daß Zugeständnisse eines militärischen Bahnschubes an der Saar scheint uns auch für die Zukunft außerordentlich bedenklich zu sein.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Bg.): Wirklich zufrieden ist keiner mit dem Ergebnis von Genf. Aber dennoch besteht fast eine Einheitsfront für den Außenminister, denn die sogenannte nationale Opposition der Deutschnationalen hat aufgehört. Für die Rheinlanddrängung hat Thoiry keine günstigere Lage geschaffen. Die französische Regierung hat niemals anerkannt, daß ihr aus dem Gespräch von Thoiry Verpflichtungen erwachsen.

Abg. Emminger (Bayr. Bp.): Die außenpolitische Lage Deutschlands hat sich in den letzten Monaten nicht unwesentlich verschlechtert. In der polnischen und in der Saarfrage stand das Recht auf unserer Seite.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

geht auf die an den Genfer Verhandlungen geübte Kritik ein. Die kommunistische „Rote Fahne“ behauptet, es beständen Vereinbarungen zwischen Chamberlain, Mussolini und Stresemann gegen Rußland. Es liegt nicht im Interesse unserer Beziehungen zu Sowjetrußland, daß derartige falsche Behauptungen immer wiederholt werden. Damit wird Deutschland vorgeworfen, daß es nicht

vertragsstreuen sei. Auch ich halte das Ergebnis der letzten Genfer Verhandlungen für unbefriedigend. Sie werden aber schließlich einen Minister finden, der Ihnen jedesmal von Genf befriedigende Ergebnisse mitbringen kann. Jede Lösung, die der Völkerbund findet, wird seiner Natur entsprechend ein Kompromiß sein. Man sagt, wir hätten uns lieber im Völkerbundrat überstimmen lassen sollen.

Es gibt ungeschriebene Gesetze in der Politik, die von größter psychologischer Bedeutung sind. Im Völkerbundrat war es bisher Tradition, daß nicht nach Nationen abgestimmt, sondern immer eine Einigung gesucht wurde. Es wäre vielleicht bedenklich gewesen, diese Tradition zu verletzen in dem Augenblick, wo zum erstenmal der deutsche Außenminister den Vorsitz führte.

Das Objekt hätte kaum den Einsatz gelohnt und ein möglicher Sieg in einer Einzelfrage wäre vielleicht ein Pyrrhussieg gewesen, der uns die Bahn für weitere Fortschritte versperrt hätte.

Der Bahnschub im Saargebiet

war nicht eine Erfindung der Saarregierung, sondern eine Einrichtung, auf die sich der Völkerbundrat schon vor Deutschlands Eintritt festgelegt hatte. Schließlich war doch unser Ziel, ebenso wie das des Völkerbunds, daß endlich die französischen Truppen aus dem Saargebiet entfernt werden. Hätte ich mich lediglich für ein Kompromiß ausgesprochen, ohne nachdrücklich unseren Rechtsanspruch zu betonen, so wäre das weniger zweckmäßig gewesen, als unser Vorgehen, bei dem wir vor aller Welt unseren Rechtsstandpunkt festgestellt haben.

Wenn mein Dank an den Präsidenten der Saarregierung kritisiert worden ist, so weise ich doch darauf hin, daß dieser Präsident durchaus objektiv die deutschen Interessen gewürdigt und in der Bahnschubfrage gemeinsam mit den Deutschen vorgegangen ist. Wir haben in Genf nicht alles erreicht, was wir wollten, aber wir hätten nicht einmal soviel erreicht, wenn wir nicht Mitglied des Völkerbundes gewesen wären.

In der oberschlesischen Frage

ist ausdrücklich festgelegt worden, daß durch die Kompromißlösung in keiner Weise der deutsche Rechtsanspruch angetastet wird. Unsere eigenen deutschen Volksgenossen in Polnisch-Oberschlesien sind mit ihren Forderungen an den Völkerbund nicht so weit gegangen wie die deutschen Vertreter in Genf.

Dr. Stresemann beschäftigte sich dann mit der Rede des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Spahn, der ein enges Vertrauensverhältnis zwischen den einzelnen Mitgliedern des Kabinetts gefordert habe. Das Vertrauensverhältnis zwischen Außenminister und Kabinett ist an und für sich etwas Selbstverständliches. Die Verantwortung für die Führung solcher Verhandlungen, bei denen die Entscheidung in Stunden wechselt, ist überhaupt mehr als man einer einzelnen Person zumuten kann. Im übrigen, so ruft der Minister ziemlich erregt, ist der Vertreter eines Landes natürlich keine Grammophonplatte, die nur eine bestimmte Melodie wiedergibt.

Keine Rede kann davon sein, daß Deutschland deshalb in der polnischen Frage nachgegeben habe, weil es schon an die westliche Politik gegen Rußland gebunden sei. Rein sachlich aber muß jeder Vernünftige einsehen, daß auf die Dauer Deutschland von einem

Sollkrieg mit Polen

keinen Vorteil hat. Die Ausführungen des Abg. Dr. Bredt über die Wirkungslosigkeit von Thoiry könnten unsere Situation sehr schädigen. Wir wollen doch festhalten an dem, was damals der Führer der französischen Außenpolitik für möglich und durchführbar hielt.

In einem amtlichen Kommuniqué heißt es, daß die beiden Außenminister in Thoiry nicht einig geworden seien über eine Gesamtleistung, die noch der Zustimmung der Gesamtkabinette bedürfe. Es bestand kein Zweifel darüber, daß die Basis der deutsch-französischen Verständigung

die Rheinlanddrängung

sein muß. Nach Thoiry begann nun ein lebhafter Ansturm der Gegner Briand. Der Kampf ist dort noch nicht entschieden. Von dem weitgehenden Optimismus des französischen Außenministers vom September sind wir zurückgekommen, aber wir sind doch überzeugt, daß diejenigen schließlich sich durchsetzen werden, die aus Locarno mehr als einen bloßen Rheinpakt machen, die daraus die europäische Verständigung auf der Basis der deutsch-französischen Verständigung erreichen wollen.

Der Sternfrug.

34] Kriminal-Novelle von Adolf Streckfuß.

Deutscher Provinz-Verlag, Berlin W. 66. 1926.

Es ist schon an und für sich kaum anzunehmen, daß Herr von Scharnau sein ganzes Gepäck im Stiefel lassen und sich heimlich entfernen sollte, nur um seinen Feind einem falschen Verdachte auszuliefern: es ist ferner kaum glaublich, daß man ihn in den verflochtenen 14 Tagen nicht irgendwo gesehen haben sollte. In dem wenig bevölkerten und selten von Reisenden besuchten Landschaft würde überall ein vornehmer, städtisch gekleideter Fremder aufgefallen sein.

Sehen wir hiervon auch ab, so spricht für die Ermordung und Verabreichung des Herrn von Scharnau, daß ich einen, allerdings noch kleinen Teil des Geldes, welches der Verschwindene bei sich getragen hat, bereits aufgefunden habe. Dem Briefe, in welchem er am Tage vor seiner beabsichtigten Abreise diese und seine zu erwartende Ankunft in Berlin seinem Schwager, Herrn von Breßler, Kompanion des Hauses W. Oldcott u. Co. in Berlin, anzeigte, hat er ein Verzeichnis der Nummern der in seinem Besitz befindlichen großen Scheine beigelegt, um diese, wenn sie ihm unterwegs etwa verloren gehen oder gestohlen werden sollten, reklamieren zu können. Er hat die gleiche Vorsichtsmaßregel auch schon bei seiner Abreise von Berlin gebraucht. Sein bares Geld bestand hauptsächlich in Einhunderttalerscheinen, dreizehn von diesen, deren Nummern keinen Zweifel übrig lassen, besitzt ich. Fünf trugen den Namen des Herrn von Helwald, er hat mit Ihnen in Weidenhagen eine Rechnung bezahlt, acht habe ich vom Sternfrugwirt Grawald, und dieser hat sie seiner, allerdings vom Senator Helwald in Alrede gestellten Angabe nach, von diesem erhalten.

Für die Ermordung des Herrn von Scharnau sprechen ferner meine Wahrnehmungen in der Diebstehde, welche mich zu folgenden Schlüssen veranlassen.

Herr von Scharnau ist auf der Rückkehr vom Gut Gromberg nach dem Wagen des Wirtes Grawald, ungefähr in der Mitte des Weges, sodas ein etwaiger

Hilferuf weder bis zu dem Herrenhause von Gromberg noch bis zu dem harrenden Wirt Grawald dringen konnte, überfallen und erschlagen worden. Die Mörder, es sind deren zwei gewesen, haben zuerst die Wunden der Leiche verbunden, damit sie kein Blut weiter verliere, dann haben sie die Blutstelle auf dem Fußwege kunstvoll mit Nadeln und Seidenfäden so bedeckt, daß nur ein sehr geübtes Auge sie wieder auffinden konnte. Sie sind offenbar sehr ruhig, überlegt und sorgsam zu Werke gegangen. Ich schreibe hieraus, daß der Mord des unglücklichen Scharnau nicht ihr erstes tödliches Verbrechen gewesen ist. Gelingt es, sie zu entlarven, dann dürfte vielleicht auch auf die Ermordung des Viehhändlers und des Postkonduktors ein helleres Licht fallen.

Nach der Vertilgung der Blutspuren hat einer der Mörder die Leiche beim Kopf, der andere hat sie bei den Füßen ergriffen, dann sind sie mit ihr rechts in den Wald nach dem ihnen bekannten, ganz abgelegenen und sonst wohl selten, außer etwa von Jägern besuchten Sumpfschloß gegangen. Die tief in den Boden eingedrungenen Fußspuren zeigen, daß dort zwei schwer beladene Männer einer hinter dem anderen gegangen sind. Da ich auf dem ganzen Wege nirgends weiter Blutspuren bemerkt habe, die mir sicherlich nicht entgangen wären, muß ich annehmen, daß die Mörder der Leiche vor dem Forttragen sorgsam die Wunden verbunden hatten.

Der gütige Zufall hat mir auch etwas von der Kleidung der Mörder verraten, das blaue Wollenhaar zeigt mir, daß der eine Schube und blauwollene Strümpfe getragen hat, die drei Proben von grau und schwarz gefleckten Wollensäden sprechen untrüglich von einem grauen Rock aus Wollzeug, der am Schoß etwas defekt sein muß.

Die Mörder, kräftige, entschlossene Männer, sind rüstig fortgeschritten, sie haben sich nirgends ausgehört, auf dem geraden Wege sind sie dem bekannten Sumpfschloß zugeeilt. Hier angekommen, haben sie zuerst die Leiche ins Gras gelegt, dann drei große Feldsteine vom Boden gelöst und endlich den mit diesen beschwerten Leichnam in das schwarze Moderwasser ge-

tragen. Dort ruht er noch in diesem Augenblick, es wird für die Richtigkeit meiner Behauptungen sein Zeugnis abgeben.

Wer aber sind die Mörder? Ich fühle die schwere Verantwortung, welche ich auf mich nehme, indem ich behaupte, daß hoher Wahrscheinlichkeit nach Herr von Helwald einer der Teilnehmer des Verbrechens ist, für den von anderer Seite gedauerten Verdacht, daß der Senator Helwald der zweite Mörder sei, fehlen mir bis jetzt noch alle Anhaltspunkte.

Ich habe zuvörderst die Verdachtsgründe gegen Herrn von Helwald zu rechtfertigen, ehe ich die Anträge, welche ich an dieselben Knäpfe, motiviere.

Ich sehe davon ab, daß die öffentliche Meinung ganz bestimmt und allgemein die beiden Brüder dieses Mordes und auch der früher in der Diebstehde begangenen Verbrechen beschuldigt. Die öffentliche Meinung ist oft trügerisch; gerade weil sie sich früher schon gegen die Brüder entschieden hat, bürdet sie ihnen naturgemäß auch das neue Verbrechen wieder auf. Inwiefern früher die Volksstimme richtig oder unrichtig geurteilt hat, kann ich gar nicht ermitteln, da ich es absichtlich vermeiden habe, Nachforschungen zu halten, um nicht die Fäden der neuen Untersuchung zu verwirren. Die öffentliche Meinung hat daher für mich nur insofern einen Wert, als sie zuerst meine Aufmerksamkeit auf Herrn von Helwald gelenkt hat, gegen diesen aber häufen sich jetzt die ernstesten Verdachtsgründe so sehr, daß ein Vorgehen gegen ihn nicht mehr abzuweisen sein wird.

Die Darstellung aller der unseren Lesern bereits bekannten Tatsachen erfolgte in dem Berichte noch einmal. Werder legte eine besonderes Gewicht auf die Nummern der unzweifelhaft von Herrn von Helwald herrührenden Einhunderttalerscheine, auf den Anzug, den derselbe im Garten getragen habe, die Schuhe, blauwollenen Strümpfe und den grau und schwarz gefleckten, am Rockschöße geflickten alten Jagdrock, sowie auf die Uebereinstimmung der Fußspur.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Abrüstungsfrage muß ich sagen: Locarno wäre ein Unsinn, wenn man sich als Friedensstifter bekennet, aber rings um Deutschland Bajonette auf Bajonette häuft. Auch die Damespolitik wäre ohne eine allgemeine Abrüstung auf die Dauer kaum denkbar.

Die Abstimmungen.

Das Haus nimmt nunmehr die Abstimmungen über den Haushalt des Innern vor.

Die von den Kommunisten beantragte Streichung des Ministergehalts wird abgelehnt, ebenso gegen Sozialdemokraten und Kommunisten das von den Kommunisten beantragte Währungsreformgesetz gegen Minister v. Reudell.

Zu dieser Abstimmung erklärt Abg. Erdelenz (Dem.), daß seine Fraktion gegen den Antrag stimme, weil erst vor kurzem die Regierung das Vertrauen ausgesprochen erhalten habe, weil sich zwischen den politischen Verhältnissen nicht geändert hätten, und weil keine Veranlassung vorliege, solche Abstimmungen in kurzen Zeiträumen zu wiederholen.

Auch eine große Zahl kommunistischer Anträge zum Etat wird abgelehnt, darunter auch die Anträge auf Streichung des Reichskommissariats zur Überwachung der öffentlichen Ordnung, auf Streichung der Technischen Hochschule und auf Erhöhung der Studentenwirtschaftshilfe von 3 auf 5 Millionen.

Eine Reihe von Anträgen wird den Ausschüssen überwiesen. Der Haushalt selbst wird in der vom Haushaltsausschuß vorgeschlagenen Form angenommen.

An der folgenden Aussprache über den Haushalt des auswärtigen Amtes beteiligten sich noch Abg. Graf Reventlow (Nationalsoz.) und Abg. Graefe (völk.). Der Mißtrauensantrag gegen die Kommunisten und Völkischen abgelehnt. Der Etat wird nach den Ausschlußvorschlägen bewilligt.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums.

Reichsverkehrsminister Koch

geht auf die Pläne zum Ausbau der deutschen Wasserstraßen ein. Selbstverständlich hat die Eisenbahn als Verkehrsmittel die überragende Bedeutung, aber es muß auch geprüft werden, wo der Ausbau der Wasserstraßen volkswirtschaftlich geboten erscheint. Im vorliegenden Etat werden Mittel angefordert, um die Bauwürdigkeit des Panjatanals und des Aachen-Rhein-Kanals zu unterstützen.

Lokales.

Gedenktafel für den 25. März.

1771 * Joachim Murat, König von Neapel, bei Capors († 1815). — 1801 † Der Dichter Friedrich Frhr. v. Hardenberg (Novalis) in Weimar († 1772). — 1822 * Der Theologe Albrecht Ritschl in Berlin († 1889). — 1835 * Der Volkswirtschaftler Adolf Wagner in Erlangen († 1917). — 1842 * Der Dichter Antonio Fogazzaro in Vincenza († 1911). — 1860 * Der Politiker Friedrich Raumann in Störmthal bei Leipzig († 1919). — 1907 † Der Chirurg Ernst v. Bergmann in Wiesbaden (* 1836). — 1914 † Der provenzalische Dichter Frederi Mistral in Marseilles (* 1830). — 1924 Griechenland wird Republik.

„Morgenstunde hat Gold im Munde“.

so sagt schon ein altes Sprichwort. In den kalten und dunklen Wintermonaten hört man diesen Ausspruch nicht gern. Aber jetzt besonders in den schönen Frühlingstagen gewinnt er wieder an Bedeutung. Die Sonne rüftet schon wieder zeitig zum Aufgang und dann wird es bedeutend leichter, die warmen Schlafstellen zu verlassen, als in der kalten Jahreszeit. Wie schön ist doch gerade ein Frühlingmorgen, wenn in den Bäumen die Vögel zwitschern und die frische Luft durch die geöffneten Fenster dringt. Selbst in dem steinernen Häusermeer empfindet man den jungen Beng.

Den Langschläfer kann das alles nicht reizen. Wer bis spät in die Nachtstunden bei Bier und Wein sitzt und die Nacht zum Tage macht, hat auch meist wenig Verständnis für das neu erwachende Leben in der Natur, und selbst wenn ihm die ersten Sonnenstrahlen ins Bett scheinen, wendet er sich unwillig ab. Aber die große Zahl der beruflich Tätigen genießt die reine unverbrauchte Luft und die ersten Sonnenstrahlen auf dem Wege zur Arbeitsstätte, und freudig gehen sie an die Arbeit. Besonders die Landwirte wissen den Wert der Morgenluft zu schätzen und richten daher ihre Lebensweise ein. Ein Sprichwort: „Morgenstunde hat Gold im Munde!“

*

Weiterbauausgabe für Freitag, 25. März. Warm, trocken, meist heiter, vorübergehende Bewölkung.

Gültigkeit der Oster-Sonntagsarten. Die Sonntagsarten der Reichsbahn sind über Ostern von Gründonnerstag mittags 12 Uhr bis Dienstag nach Ostern vormittags 9 Uhr gültig. d. h. die Rückfahrt muß am Osterdienstag vor 9 Uhr vormittags angetreten sein. Zur Rückfahrt dürfen die Sonntagsarten erst ab Karfreitag benutzt werden.

Die Forderungen der Eisenbahner. Die Tarifgemeinschaft der Eisenbahner haben ihre formulierten Forderungen der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft überreicht. Die Eisenbahnergewerkschaften verlangen neben einer Lohnerhöhung von 6 Pfg. die Stunde für die Lohngruppen I bis VII und für die Lohngruppe VIII 75 Prozent der Lohngruppe VII, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden täglich, und zwar ohne Einbuße an Lohn. Die Verhandlungen über die Forderungen dürften laut „Vorwärts“ Ende dieser Woche beginnen.

Wochenbericht für die Zeit vom Donnerstag, den 17., 3. bis einschl. Mittwoch, den 23. 3. 27. 1. Arbeits-tage: a) am Schlusse des Stichtages waren noch verfügbar 1674 männl. 268 weibl., insgesamt 1942. b) Neumeldungen in der Zeit vom Donnerstag der Vorwoche bis zum Schlusse des Stichtages, 13 männl., 12 weibl., insgesamt 25. c) am Stichtag der Vorwoche waren verfügbar 1783 männl., 350 weibl., insgesamt 2133. 2. Offene Stellen: a) am Schlusse des Stichtages waren noch verfügbar 5 männl. 10 weibl., zusammen 15. b) Neumeldungen in der Zeit vom Donnerstag der Vorwoche bis zum Schlusse des Stichtages 64 männl. 18 weibl., zusammen 82. c) am Stichtag der Vorwoche waren verfügbar 8 männl., 13 weibl., zusammen 21. Am Schlusse der Berichtswoche waren 312 Personen mit Notstandsarbeiten beschäftigt.

Berein für Geschichte und Altertumskunde. Im früheren Konzertsaal des Kurhauses hielt vorgestern Abend Herr Geh. Rat Professor Dr. Wolfram aus Frankfurt a. M. einen Vortrag über den Einfluß Kleinasiens auf die Kultur und die Christianisierung des Mosel und Rheingebiets.

Ausgehend vom Sammelbecken griechischer Kultur in Mafigia, dem heutigen Marseille, führte der Redner der Loire Saone, Rhone, Maas und Mosel an, die Wasserstraßen auf dem die kleinasiatische Kultur siegreich vordrang, an dem im Meher Museum befindlichen Werken einer Frauensilhouette und dem gleichfalls dort vorhandenen Miniaturmalereien wie Urnenfischer Kunst zu hinterlassen. Brachten auf den angegebenen Straßen alsdann syrische Kausleute Wein, Del, Papyrus, Lederwaren, so übermittelten syrische Männer, von welcher später syrische Namen in den Reihen der Bischöfe, ja der Päpste erschienen, als die ersten Träger der Christlichen Bewegung, die Lehrer der Christlichen Religion.

In seinem Schlußworte stellte der Vortragende den stetigen Einfluß, den Kleinasien auf des Redners Lieblingsland Elsaß ausübte, fest, und malte in lebendigen Farben aus, führte des weiteren an, daß die Verkehrsstraßen, sich über 900 Jahre erhielten, dadurch daß in dem Vertrag von Verdun 843 Ludwig die Landschaften rechts vom Rhein, sowie auf dem linken Ufer Städte und Gaue Speier, Worms und Mainz propyl vint copiam, Karl die westlich gelegenen, Italien und das Land von dem Rhein bis zur Rhonemündung mit Einschuß von Friesland und dem repuarischen Frankenland auch der Kaisertitel zuteil wurde. Vagen doch in dem letzteren Gebiet die großen Städte Rom und Mailand, Massilia, Lyon, Trier, Aachen und Köln.

Heir Oberstudiendirektor Dr. Schönmann, der, sowie er in den einleitenden Begrüßungsworten, die kulturelle Bedeutung des Wissenschaftlichen Eltschischen Instituts, daß der Vortragende vertritt, so auch in den Schlußworten des genannten Instituts Bedeutung hervorhob, fügte einer Dankesbeziehung an den Vortragenden die Verse Schillers aus „Die Kunst des Kaufmanns“ hinzu: „Euch ihr Böller gehört der Kaufmann Güter zu suchen. Beht er, doch an sein Schiff knüpset das Gule sich an.“

ml. **Obersteden.** Am Montag Abend fand im Gasthaus zum Taunus eine Versammlung des hiesigen Bürgervereins statt, die sehr zahlreich besucht war. Der Vorsitzende Haack gab einen kurzen Bericht über verschiedene Gemeindeangelegenheiten, der Rechner Ph. Bender erstallte den Rechnungsbereich vom Jahre 1926. Herr Oberpostsekretär Scheuer erläuterte in längerer Ausführungen den Fahrplan der Postautolinie Homburg — Obersteden — Hohemark. Leider konnten dabei nicht alle Wünsche erfüllt werden. Da vorerst nur ein Wagen zur Verfügung steht. Herr Gastwirt Kempf ersuchte den Vorstand, mehr Reklame zu machen, da Obersteden, das doch so herrlich gelegen ist, mehr Fremdenverkehr bekomme. Zum Schluß wurden noch einige neue Mitglieder aufgenommen.

ml. **Obersteden.** Heute abend 8.30 Uhr findet im Homburger Hof eine Versammlung des hiesigen Grund- und Hausbesitzervereins statt.

Δ **Frankfurt a. M.** (Ausbau eines beliebten Frankfurter Ausflugsortes.) Zur Beseitigung des Mangels an Unterhaltungsmöglichkeiten in der städtischen Waldwirtschaft Unterschweinsiege im Unterwald soll ein dort befindliches früheres Stallgebäude größeren Umfangs ausgebaut und als Schankwirtschaftsraum eingerichtet werden.

Δ **Gelnhausen.** (Gelnhausen wird Kurort.) Nachdem durch das hier seit Jahren bestehende, sich im letzten Jahr bemerkenswerter Beliebtheit erfreuende Solpudelbad und dessen außerordentliche Selbstfaktoren für Herz- und Nervenkrankheiten in gewissem Maße eine Gewähr für die Entwicklung Gelnhausens zum Bade- und Erholungsort gegeben ist, hat die Stadtverwaltung eine inmitten des im letzten Jahre aus dem früheren „Schöffenpark“ geschaffenen Kurgartens gelegene Villa zu Kurzwecken umgebaut und entsprechend eingerichtet. Die Eröffnung wird im Mai erfolgen.

Δ **Gelnhausen.** (Erstmaliger Stand der Kleintierzucht im Kreise Gelnhausen.) Die Kleintierzuchtbeziehung im Kreise Gelnhausen hat dank der regen Tätigkeit des im Jahre 1921 ins Leben getretenen, etwa 10 Vereine mit über 200 Mitgliedern umfassenden Kleintierzuchtverbandes in letzter Zeit einen beachtenswerten Aufschwung genommen, der um so höher zu bewerten ist, als die Angehörigen des Verbandes es fertigbrachten, mit relativ wenigen Mitteln eine geordnete, massenreiche Zucht in den verschiedenen Gegenden des Kreises auf die Beine zu bringen. In der Hauptsache wird Geflügel gezüchtet. Eine Reihe höchster Preise und Auszeichnungen konnten die Mitglieder des Verbandes sich auf der Geflügelschau in Köln, Hannover und Würzburg erringen.

Δ **Fulda.** (Fulda wird großstädtisch.) Um in Zukunft bei Bränden noch schlagfertiger zu sein als bisher, hat die Stadt Fulda der aktiven Feuerwehr Fulda einen neuen Auto-Personen- und Gerätewagen von der Feuerwehr-Geräte-Fabrik Magirus-Union beschafft. Dieses neue Gerät erhielt die Feuerwehr in einem kleinen Festakt übergeben. — In nächster Nähe des Bahnhofes hat man einen großen gemalten Stadtplan angebracht, auf dem die staatlichen und städtischen Behörden, Schulen und sonstigen Sehenswürdigkeiten zur Orientierung der Fremden besonders kenntlich gemacht sind.

Δ **Gießen.** (Eine ganze Familie tot in den Betten aufgefunden.) In Bleichenbach wurden der 68 Jahre alte Ziegeleibesitzer Desch, seine 35jährige Ehefrau und das dreijährige Töchterchen im Schlafzimmer tot aufgefunden. Die Jümmertür war verriegelt und mußte erst mit Gewalt geöffnet werden. Bis zur Stunde ist nicht bekannt, ob Mord oder Selbstmord vorliegt. Auch ist nicht ausgeschlossen, daß ausströmende Dampfe eines in der Nähe befindlichen Kalkofens die Familie nachts überrascht haben.

Δ **Alzey.** (Schauriger Leichensund.) Im Dreieckswald fand ein Landwirt aus Kriessfeld an einem Baume hängend die Leiche eines Mannes. Es war fast nur noch das Skelett vorhanden, ein Beweis, daß die Leiche schon längere Zeit dort gehangen haben muß. Sie war bekleidet mit schwarzem Anzug und guten Schuhen. In den Taschen fand man eine Zeitung vom 26. Mai 1926, eine Uhr sowie ein Billett für ein Frankfurter Theater. Gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Δ **Mainz.** (Die Not der Schulen im besetzten Gebiet.) Um für zwei von der französischen Besatzungsarmee beschlagnahmte Volksschulhäuser Ersatz zu schaffen, hat die Ortsgemeinde Gonkenheim beschloffen, zur Aufrechterhaltung eines geregelten Schulbetriebes für drei Schulklassen drei Säle zu mieten.

□ **Schweres Automobilunglück.** — Sieben Tote. Ein Lastauto, das 70 Arbeiter von der Arbeitsstätte nach Haxe beförderte, stürzte auf der Chaussee zwischen Rudow-Badisch und Wellenau in eine Schlucht und begrub sämtliche Insassen unter sich. Bis zur Stunde konnten sieben Tote und 18 Schwerverletzte geborgen werden. Das Unglück ereignete sich in einer scharfen steigenden Kurve. Aus bisher unaufgeklärten Umständen plötzliche die Rette des Lastautos. Die Bremse versagte, und der Wagen raste mit unheimlicher Geschwindigkeit rückwärts bergab, knickte an einer Brücke das Gelande um und stürzte von der Brücke herab in die Schlucht.

Letzte Nachrichten.

Von Meinel gestorben.

München, 23. März. Der frühere bayerische Handelsminister, Erzengel Ritter von Meinel, der erst vor einigen Wochen von seinem Amt zurückgetreten war, ist in der vergangenen Nacht im Alter von 62 Jahren gestorben.

Zu den Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten.

Berlin, 23. März. Der Polizeipräsident teilt mit: Am gestrigen Abend ist es anlässlich einer Demonstration des Roten Frontkämpferbundes an verschiedenen Stellen der Stadt zu mehreren Zusammenstößen gekommen. Nach den bisherigen Feststellungen sind die zur Sicherung des Umzuges eingesetzten Schutzpolizeibeamten, die sich zunächst trotz aller Provokationen sehr zurückhielten, von den Demonstranten planmäßig tätlich angegriffen worden. Mehrere Beamte wurden hierbei durch Messerstiche, Steinwürfe und Schläge mit Schlagringen erheblich verletzt, darunter zwei Beamte so schwer, daß ihre Überführung ins Krankenhaus notwendig wurde. Einzelne Beamte, die zunächst nur Schreckschüsse abgegeben hatten, mußten schließlich in der Notwehr gezwungen von ihren Schusswaffen ernsthaften Gebrauch machen. Dadurch wurden etwa sechs Demonstranten verletzt, von denen einer im Krankenhaus später seinen Verletzungen erlag. Die Gesamtzahl der Verwundeten ist nicht festzustellen, da die Demonstranten wahrscheinlich einige ihrer Leichtverletzten fargeschafft haben.

Preussischer Landtag.

Berlin, 23. März.

Ein Antrag des Abg. Schwenk (Komm.), mit der Beratung des Innenetats auch die kommunalistische Große Anfrage wegen der feinerzeit beabsichtigten Wiedereinstellung des letzten Reichsinnenministers Herrn v. Reudell in den preussischen Staatsdienst zu verbinden, findet Annahme.

Es folgt die erste Lesung des Initiativgesetzentwurfs der Regierungsparteien über die

Abänderung des Grundvermögenssteuergesetzes.

Diese Novelle bringt eine Verlängerung der bisherigen Bestimmungen bis zum 31. März 1930 und außerdem neue Sätze für die Besteuerung der Landwirtschaft.

Der Initiativgesetzentwurf geht an den Hauptausschuß.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Innenministeriums.

Die allgemeine Aussprache wurde eingeleitet durch eine Rede des Innenministers Geffert.

Der Minister ging auf die erheblichen Störungen der Ruhe und Ordnung, die die letzten Tage gebracht haben, ein. Er erklärte dazu: Ich kann feststellen, daß die Machtmittel des Staates fast genug sind, Unruhestörungen zu unterdrücken und sie fast unmöglich zu machen. Der Polizeibeamte wird in Ausübung seiner Dienstpflicht von mir in jeder Weise geschützt werden. Es ist für ihn auch eine zwingende Notwendigkeit, in Fällen der Gefahr von der Waffe Gebrauch zu machen. Ich kann solche Störungen der öffentlichen Ordnung, wie die der letzten Tage, nicht anders bezeichnen als ein Ausbruch eines Straßenräubertums. Personen und Vereinigungen, die sich zum Ziel setzen sollten, durch Terrorakte in die verfassungsmäßigen Rechte anderer einzugreifen, werde ich bekämpfen lassen und Vereinigungen, die sich der Staatseinrichtungen nicht fügen wollen, zur Auflösung bringen. Ich werde gerade der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei die größte Aufmerksamkeit zuwenden, da sie durch bewaffnete Straßentruppen die Kundgebungen anderer stören will. Der Rote Frontkämpferbund ist in letzter Zeit hervortretend an Ueberfällen beteiligt. Wer so glaubt, politische Ausdrucksformen bearbeiten zu müssen, kann nichts anderes erwarten, als daß er von der Staatsgewalt mit rücksichtslosster Energie bekämpft wird. Derartige Organisationen müssen der Auflösung verfallen.

Kundfunk.

Freitag, 25. März. 1. Neue Schallplatten. 3.30 Stunde der Jugend. 4.30: Hausfrauen-Nachmittag. 5.45: Lesestunde. 6.15: Syndikus Ehlers: „Die Versorgung Deutschlands mit Getreide“. 6.45: Dr. Michel Tarifvertragsrecht. 7.15: Stenographie. 7.45: Ing. Randewig: Zwanzig Minuten Wissenschaft und Technik. 8.05: Film-Wochenschau. 8.15: Cello-Konzert. 9.15: Jägerlieder.

In eigener Sache.

Taunusbote gegen Löbke als Inhaber der Homburger Neuesten Nachrichten

Gegen den in der gestrigen Nummer des Taunusboten veröffentlichten gerichtlichen Beschluß, in dem wir unser Kopfbild der Obersteden-Dornholzhausener Neuesten Nachrichten nicht mehr als amtliches Organ dieser beiden Orte bringen sollen, ist von unserer Seite sofort beim Gericht Widerspruch erhoben worden.

Wir haben selbstverständlich erst vorher die Genehmigung der Herren Bürgermeister eingeholt, daher kommt unlauterer Wettbewerb nicht in Frage.

Verlag der „Homburger Neuesten Nachrichten“

Der Fememordprozess in Gießen.

Der Nordversuch an dem Oberleutnant Wagner.

Am ersten Verhandlungstag vor dem Giesener Schwurgericht unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Kramer im Prozess gegen den 29-jährigen Kaufmann Ernst Asimir Schwing und Genossen, die unter dem Verdacht des verübten Mordes und Raubes an dem Oberleutnant Wagner stehen, kam der Angeklagte v. Salomon zur Vernehmung.

Salomon hat Wagner am 3. März 1922 durch Kern kennengelernt. Es wurde beschlossen, Wagner am nächsten Tage nach Raubheim einzuladen. Bei Einbruch der Dämmerung trafen sich Salomon, Kern und Wager im Malepartus. Von da fuhren sie zur Duffeld-Diele gegangen, die sie gegen 12 Uhr angeheuert verließen. Beim Weggehen fragte Kern den Salomon: „Sag mal, hast du eine Waffe?“ In diesem Moment wurde es Salomon klar, daß Kern Wagner ermorden wolle, und er suchte das zu verhindern.

In der Nähe des Sees

habe er sich von beiden etwas getrennt und hörte plötzlich, wie Wagner aufschrie. Es entspann sich eine Schlägerei zwischen Wagner, Kern und Salomon. Die Gruppe drängte nach dem See, und Wagner hielt sich am Geländer fest und trat mit den Beinen um sich. Kern habe den Wagner allein über das 1 1/2 Meter hohe Geländer in das Wasser geworfen.

Diese Aussage steht im Widerspruch mit denen Schwings und Wagners und den eigenen früheren Aussagen. Für den Ruf: „Den Stein, den Stein!“, weiß der Angeklagte keine Erklärung. Er weiß auch nicht, daß dem Wagner

ein Stein in die Tasche gesteckt

wurde. Als Kern mit ausgelegtem Arm nach Wagner schob, habe er ihm die Pistole entzogen und sei auf Wagner ausgerückt.

Dieser habe mit erhobenen Händen gebeten, ihn zu lassen. Von der Wegnahme der Pistole und des Geldes beim Ueberfall will Salomon nichts wissen.

Sodann kam Schwing zur Vernehmung. Dieser ist äußerst nervös und verweigert sich ständig in Widersprüche. Er kam 1921 nach Raubheim. 1922 lernte er Heinz kennen. Da sich in Frankfurt selbst keine Gelegenheit bot, Wagner, der als Epion verdächtig gewesen sei, unschädlich zu machen, habe er vorgeschlagen, Wagner nach Raubheim zu bringen. Eine Lösung sei indessen nicht beabsichtigt gewesen. Er habe Kern aufgefordert, einen Stein einzupacken und nach dem Teich vorzugeben. Plötzlich sei am Teich hinter ihm

eine Schlägerei

abgegangen. Er habe gesehen, daß Wagner zwei- bis dreimal zu Boden geschlagen worden sei. Darauf habe er und Kern den Wagner über das Geländer geworfen. Ueber den weiteren Verlauf der Dinge weiß er nichts.

Der Angeklagte Heinz war Mitglied der Brigade Ehrhardt und machte den Rapp-Busch mit. Ueber die Persönlichkeit Wagners will Heinz nichts wissen. Neu ist seine Aussage, daß nach der Raubheimer Affäre Tilleßen und Blaas bei Wagner gewesen seien, um einen Strich unter das Geschehene zu ziehen. Er bestreitet, sich der Beihilfe oder Anstiftung im Falle Wagner schuldig gemacht zu haben.

Die Verweigerung der Aussage.

Der Vater des Angeklagten Schwing verweigert die Aussage. Sodann folgte die Vernehmung des Arztes Dr. Häberlein, der den verletzten Wagner in der fraglichen Nacht zuerst behandelte. Dr. Häberlein schildert die Verwundung des Wagner, die er als nicht lebensgefährlich bezeichnet. Seine Aussagen werden von der nächsten Zeugin, der Oberführerin Anna, bestätigt. Der nächste Zeuge, Josef-Bad Raubheim, an den sich Wagner, bevor er zum Arzt ging, wandte, schildert, wie Wagner in der fraglichen Nacht bei ihm Aufnahme suchte.

Gerichtliches.

Ueberraschende Erlebigung des Elarz-Prozesses. Die bereits zwei Monate währende Berufungsverhandlung in dem Strafverfahren gegen den Kaufmann Heinrich Elarz hat jetzt ein überraschendes Ende dadurch gefunden, daß der Angeklagte durch seinen Verteidiger keine Berufung gegen das Schöffengerichtsurteil zurücknehmen ließ, so daß dieses Urteil erster Instanz, in dem Elarz wegen Betrugs in Tateinheit mit Untreue und Erpressung zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist, rechtskräftig geworden ist. Elarz hatte in der letzten Verhandlung unter Berufung auf seinen Gesundheitszustand zunächst nur versucht, eine Entlassung aus der Untersuchungshaft zu erreichen, was das Gericht aber abgelehnt hatte. Da jedoch nach dem dann erfolgten Verzicht auf eine Berufung eine Verdunklungsgefahr nicht mehr besteht, wurde nachträglich die Haftentlassung zugestanden.

Verurteilung eines Gefängnisdirektors wegen Gefangenenerleichterung. Der vom Amt suspendierte Direktor des Zentralgefängnisses Neumünster, Wilhelm Schimming, wurde vom Großen Schöffengericht Neumünster wegen vorsätzlicher Gefangenenerleichterung zu 200 RM. Geldstrafe an Stelle der an sich verurteilten einmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Es handelt sich um das Verhalten Schimmings gegenüber dem in die Morbache Rathenau verurteilten Marineoberleutnant Brandt, der im Gefängnis eine Vorzugsbehandlung genoss.

Zwei Monate Gefängnis für einen Messerhelden. Kürzlich hatte ein Schiffer in Rierstein a. Rh. in einer Wirtshauskneipe drei lebensgefährliche Messerstiche beigebracht. Das Amtsgericht Oppenheim verurteilte den Messerhelden jetzt zu zwei Monaten Gefängnis.

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am 4. April 1927, vorm. 10 Uhr an der Gerichtsstelle Bad Homburg v. d. S., Zimmer Nr. 12 versteigert werden das im Grundbuch von Bad Homburg v. d. S. Band 43 Blatt 1651 (eingetragener Eigentümer am 5. Jan. 1927 Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerkes: Kaufmann Gustav Schick in Köln a. Rhein) eingetragene Grundstück Gemarkung Bad Homburg v. d. S. Karlenblatt 11, Parzelle 177/755 a 27 qm. groß Grundsteuerrollen Nr. 2607, Gebäudesteuerrollen Nr. 333, Nutzungswert 1200 Mk.

Bad Homburg v. d. S., den 13. Januar 1927
Amtsgericht, Abt. 1.

Die Firma Wilhelm Volk Wäschegeßellschaft zu Bad Homburg v. d. S. wird unter Geschäftsaufsicht zur Vermeidung des Konkurses gestellt.

Aufsichtsperson ist Direktor D. W. Baller, Bad Homburg v. d. S.
Bad Homburg v. d. S., den 19. März 1927
Amtsgericht.

S. R. N. 328. Pollerscheibensabrik Richard Schiefer Gengenheim. Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Das Handelsgeschäft ist mit Aktiven und passiven mit Wirkung vom 15. Oktober 1926 auf den Kaufmann Friedrich Schiefer in Frankfurt a. M. übergegangen, welcher es unter der bisherigen Firma als Einzelkaufmann für alleinige Rechnung fortführt. Der Sitz ist nach Oberursel verlegt.

Bad Homburg v. d. S., den 21. März 1927.
Amtsgericht, Abt. 4

Bekanntmachung.

In der 3. Baugruppe der aus Mitlein der Dr. Weberstiftung erbauten Häuser an der Oberurseler Chaussee werden voraussichtlich zum 15. Mai ds. J. 15 Wohnungen zu 2 Zimmern mit Wohnküche und Kochnis, Keller und Abstellraum, sowie 2 Bäder mit je einem Zimmer, Küche und 2 großen Obergeschossräumen bezugsfertig.

Mit Rücksicht darauf, daß die seit mehr als einem Jahr beim Kuratorium der Dr. Weberstiftung eingegangenen Wohnungsbewerbungen zum Teil veraltet, zum Teil unübersichtlich geworden sind, fordern wir hierdurch Interessenten zu erneuter Meldung auf.

Die Miete für eine 2-Zimmerwohnung mit Wohnküche, Kochnis und Zubehör wird voraussichtlich monatlich 38 Mk. für die 3-Zimmerwohnung mit Wohnküche, Kochnis und Zubehör 48 Mk. betragen.

Meldungen für die Wohnungen sind unter Angabe der Familiengröße, der jetzigen Wohnung und der Arbeitsstelle des Bewerbers bis Montag, den 28. März 1927 an das unterzeichnete Kuratorium (Aulhaus) zu richten.

Angebote auf die beiden Bäder nebst zugehörige Wohnungen sind ebenfalls bis zu dem genannten Zeitpunkt einzureichen. Nach ihrer Lage eignen sich die beiden Bäder zum Betriebe eines Kolonialwarengeschäftes, einer Fleisch- und Wurstwaren- oder Backwaren-Verkaufsstelle, Mercerie, Papierwarenhandlung, Friseurgeschäft.

Das Kuratorium der Dr. Weber-Stiftung.
Dr. Eberlein.

Achtung!



WO?

kaufe ich am billigsten

nur
Töpferweg 1
prima fettes

Pferdefleisch

sowie alle Sorten Wurstwaren zu den billigsten (462) Tagespreisen

Die Wurstwaren sind mit dem besten Schweinefleisch verarbeitet.

Eckhardt Hardt
Pferdeschlächtere
Töpferweg 1

Frisch von der See

Saltau ohne Kopf
per Pfd. 25 Pfg.
Bratschellisch
per Pfd. 30 Pfg.
Goldbarsch
per Pfd. 40 Pfg.
Seelachs im Anschn.
per Pfd. 40 Pfg.
Saltau im Anschn.
per Pfd. 50 Pfg.
Schellfisch im Anschn.
per Pfd. 70 Pfg.
Frische gebackene Fische
per Pfd. 60 Pfg.

W. Lautenschläger
Waisenhausplatz
Telefon 404 (677)

Schulranzen

in Rindleder, Handarbeit zu den billigsten Preisen.

Ph. Störkel
655 Wallstraße 22

Nachruf.

Gestern Abend verschied im Alter von 91 Jahren

Fräulein Emma Menzel

die Schwester unseres unvergesslichen Herrn Pfarrers Menzel. Ein halbes Jahrhundert hat sie ihrem geistlichen Bruder in vorbildlicher Treue und Gewissenhaftigkeit den Haushalt geführt und sich durch ihr liebenswürdiges, jederzeit dienliches und frohes Wesen in der Pfarrei auch unvergesslich gemacht.

Die Pfarrangehörigen werden um ihr Gebet für die liebe Verstorbene gebeten.

678 Namens der Pfarrei
Burggraf, Pfarrer.

Diesem Nachruf schließt sich auch insbesondere an das Institut St. Maria der Engl. Fräulein

Die Beerdigung findet statt am Samstag, 26. 3. 27, nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause, Treilauerhof, Weinbergweg 60 aus, das 1. Beerdigungsort ist am Samstag, den 26. 3. morgens um 7 Uhr in der Pfarrkirche.

Fr. A. Zeuner

Maschinenstrickerei

Haingasse 3 Telefon 726

Strick- und Wollwaren

Kurz- und Weißwaren

414)

Achtung. Achtung.

Wie schütze ich mich gegen

hohe Arztkosten, Krankenhauskosten und dergleichen?

Nur dadurch, wenn ich mich bei der

Allgem. Krankenversicherungs A.-G.

Köln am Rhein

versichere, welche die günstige und führende Kasse des

Mittelstandes ist.

Verlangen Sie kostenlos Prospekt.

Allgemeine Krankenversicherungs A.-G. Köln a. Rhein

Geschäftsstelle Bad Homburg v. d. H.

Elisabethenstrasse 25

(650)

Verantwortlich für den politischen, Handels- und lokalen Teil

Kurt Böde, für Inserate Christof Didenfeld, beide in Homburg.

Nur 1.75 Mk.

pro Monat kostet das Abonnement
unserer Zeitung einschl. Trägerlohn.